



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Wahlkreis Tübingen, Fraktion GRÜNE

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

Innenministerium Baden-Württemberg
Herrn Minister Heribert Rech MdL
Postfach 10 24 43
70020 Stuttgart

70173 STUTTGART
Konrad-Adenauer-Str. 12
Telefon (0711) 20 63-691
Telefax (0711) 20 63-660
boris.palmer@gruene.de
www.boris-palmer.de

72072 TÜBINGEN
Aixer Straße 66
Telefon (0 70 71) 88 80 86

Tübingen, den 22. März 2005

Sehr geehrter Herr Innenminister,

die Gemeinde Ammerbuch hat mit großem Engagement einen vorbildlichen Spielplatz am Ortsrand von Entringen errichtet. Dieser Spielplatz wird wegen seiner Attraktivität nicht nur von Kindern aus der Gemeinde, sondern auch aus dem weiteren Umkreis besucht. Wegen seiner Beliebtheit kam es zu Konflikten mit Anwohnern, die sich in ihrer Ruhe gestört fühlen. Die Gemeinde reagierte darauf mit der Verordnung einer Mittagsruhe und verkürzter Benutzungszeiten. Dies reichte einigen Anwohnern leider nicht aus.

Das Regierungspräsidium hat sich auf die Seite dieser Anwohner geschlagen und verlangt nun, ausgehend von Lärmmesswerten aus dem Jahr 2000, von der Gemeinde die Einhaltung von Grenzwerten für Lärm nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz. Der Gemeinde wird frei gestellt, ob sie diese Grenzwerte durch Abbau von Spielanlagen, Errichtung einer Lärmschutzwand oder anderer geeigneter Maßnahmen einhält. Die Gemeinde Ammerbuch hat dagegen Klage erhoben.

Ich halte das gelinde gesagt für ausgesprochen befremdlich. Wenn es stimmt, dass wir in Deutschland mehr als viele andere ein kinderfreundliches Klima benötigen, dann darf Kindern das Spielen nicht durch die Immissionsschutzgesetze verboten werden. Die Lärmbelastung während der Öffnungszeiten ist nach meiner Auffassung zumutbar und weit geringer, als der Lärm an der Entringer Ortsdurchfahrt, der keine Ruhezeiten kennt. Nicht bei Nacht und schon gar nicht in der Mittagszeit. Es ist mir nicht bekannt, dass das Regierungspräsidium deswegen auch nur zu Fahrverboten für LKW oder der Einführung von Tempo 30 in der Ortsdurchfahrt bereit gewesen wäre. Offenbar sind Freiräume für Autos und LKW einfach wichtiger als Spielmöglichkeiten für Kinder.

Dass die Gemeinde gezwungen ist, sich vor Gericht gegen Auflagen des Regierungspräsidiums zu wehren, ist für mich grotesk. Ich möchte Sie daher auffordern, das Regierungspräsidium zur Rücknahme dieser Auflagen zu veranlassen. Wenn ein Anwohner glaubt, er müsse sich vor Gericht gegen einen Spielplatz wehren, dann soll er dies bitteschön selbst erledigen und nicht auf das Regierungspräsidium als Erfüllungsgehilfen bauen können.

Mit freundlichen Grüßen

Boris Palmer MdL

Zur Kenntnis
Herrn Bürgermeister Friedrich von Ow, Ammerbuch